

(Vizepräsident Lipinski.)

(A) uns in Widerspruch stellen mit der Forderung gegenüber dem Privateigentum. Meine Herren! Wer nur einigermaßen die Dinge sozialistisch begriffen und den Versuch gemacht hat, einmal ein sozialistisches Programm zu lesen, weiß, daß wir nicht die Beseitigung des Privateigentums an sich, sondern die Veränderung des Privateigentums an den Produktionsmitteln fordern. Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die Privateigentum sind, die aber für die Produktion, d. h. für das Erzeugen neuer Waren überhaupt nicht in Betracht kommen. Das ist der Unterschied, den wir machen, der allerdings meisterhaft in der Öffentlichkeit von den Gegnern verschleiert wird.

Nun eine Frage, die Herr Abgeordneter Nixschke angeschnitten hat, daß er und seine Parteifreunde es ablehnen, dem Antrage zuzustimmen, da sie ja einer geordneten Sozialisierung nicht entgegenstehen. Meine Herren! Ich habe hier einen Wahlaufruf der Deutschen Demokratischen Partei vor mir. Da heißt es:

(B) Solche Lasten aber können nur getragen werden bei Aufrechterhaltung des Privateigentums, und einer Wirtschaftsordnung, die das Interesse des einzelnen am Erwerb lebendig hält und ihn zu höchster Tätigkeit anspornt. Die unerhörte Verschuldung, der Mangel an Rohstoffen und die Zerstörung unseres Außenhandels bedrohen uns mit einer Wirtschaftskrise sondergleichen. Nur die gemeinsame Anspannung aller Kräfte von Unternehmern und Arbeitern, von Selbständigen und Angestellten kann den Zusammenbruch verhindern. Darum verwerfen wir die von der Sozialdemokratie angestrebte Überführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Das Beispiel der Kriegsgesellschaften schreckt! Die Frage der Sozialisierung ist rein sachlich für jeden Einzelfall danach zu entscheiden, ob eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten der breiten Massen und eine Erhöhung des Produktionsertrages erzielt werden kann. Keinesfalls dürfen Staatseingriffe in der Form der Bürokratisierung des Wirtschaftslebens erfolgen.

Hier, meine Herren, ist klar und deutlich ausgesprochen, daß Sie die Sozialisierung ablehnen, daß Sie sich auf den Boden der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung stellen; und ich verstehe es vollkommen, wenn Sie das ablehnen. Sie können aber, nachdem eine sozialistische Mehrheit in der Volkskammer vorhanden ist, nicht von uns verlangen, daß wir das Ergebnis der Wahlen nicht in einem Programmsatz dahin zusammenfassen, daß wir die Sozialisierung der Produktionsmittel herbeiführen wollen und damit auch den Warenaustausch auf gesellschaftliche Grundlage stellen. Meine Herren! Gerade weil dieser Gegensatz besteht, weil es die große Frage ist, ob Sozialisierung oder Demokratie, ob die Erhaltung privatkapitalistischer Wirtschaftsweise oder die sozialistische,

deshalb, meine Herren, sind wir ja gerade darauf gekommen, den Antrag zu stellen, auf Anerkennung der A- und S.-Räte. Sie sind das Mittel und die Organe der Revolution gewesen, und wenn wir uns darüber klar sind, daß die Demokratisierung bisher noch gar nicht durchgeführt ist, noch gar keine Sicherheit dafür vorhanden ist, daß sie auch wirklich durchgeführt werden kann, daß Gegenkräfte am Werke sind, um sich der Sozialisierung entgegenzustellen und sie zu vereiteln, dann brauchen wir Organe, die auch in der Lage sind, die Sozialisierung zu fördern und zu unterstützen. Deshalb, meine Herren, haben wir verlangt, daß die A- und S.-Räte anerkannt werden. Nun haben meine Parteifreunde von den Mehrheitssozialisten sich gegen den Antrag unter 3a erklärt. Sie meinen, daß die A- und S.-Räte sich überlebt haben, daß sie nicht mehr notwendig seien. Wir legen außerordentlichen Wert darauf, daß auch die A- und S.-Räte anerkannt werden. Wir haben deshalb einen Ersatzantrag gestellt für den Fall, daß der andere Antrag abgelehnt wird, in dem gefordert wird, daß der Kammer eine Gesetzesvorlage unterbreitet wird, in der die Rechte und Pflichten der A- und S.-Räte als Kontroll- und Einspruchsorgan festgelegt werden.

(C) Meine Herren! Wir halten also die A- und S.-Räte für notwendig, und damit komme ich auch auf die Frage der gegenwärtig dauernden Streiks. Was war die Ursache dieser Streiks? Was soll damit erreicht werden? Die Vorgänge in Berlin, der Meuchelmord, der an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verübt worden ist,

(Zuruf: Auer!)

der Meuchelmord, der an Eisner und Auer verübt worden ist,

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Von Ihrer Seite!)

diese Meuchelmorde zeigen klar und deutlich, daß die Gegenrevolution marschiert.

(Widerspruch und Lachen rechts.)

Ich will Ihnen das noch näher auseinandersetzen. Die Geschichte hat auch dafür Beispiele. Wenn Sie einmal nachlesen, wie Napoleon III. zum Kaisertum gekommen ist, dann werden Sie finden, daß in gewisser Weise die Ereignisse sich wiederholen. Die Reichsregierung hat die Truppen zu ihrem Schutz aufgerufen, die Truppen des alten Regimes, des Militarismus, welchen die Sozialdemokratie von jeher bekämpft hat, und diese Truppen haben sich in weiße Gardien verwandelt und haben damit die Macht an sich gerissen. Ich bin der Überzeugung,